

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Baerlein & Vogler, G. L. Danne,
Zwillingen: Berlin: Bernh. Arndt, Max Bernmann,
G. Thies, Halle: A. S. Jul. Bard & Co.,
Hamburg: W. Hoffmann, Stettin: A. M. Heine, Gieseler.
Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Zur Rede von Bülow's.

Die Londoner Abendblätter von gestern besprechen die Reichstagsrede des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen von Bülow fortgesetzt in günstigem Sinne:

„Ball Mail. Gaz.“ sagt, nichts könnte mehr als sie zur rechten Zeit kommen. Das Blatt glaubt, Deutschland werde sich nicht darauf einlassen, unfreundlich gegen England zu sein und, je mehr Punkte gemeinsamen Vorgehens England und Deutschland finden können, um so besser könne dies Deutschland gefallen. Die Rede sei die richtige Ergänzung der Rede, die Chamberlain in Wakefield gehalten hat. Keines der beiden Länder spüre nach Allianzen aus, es gäbe aber ein Land (Frankreich), das dies thue. Zwischen dem Lande mit der „Politik der Abfälligkeit“ und dem Lande, dessen Waffe die britische Flotte und dessen Grundbaß die „offene Thür“ sei, könne Deutschland in keinerlei Zweifel bestehen. Der „Globe“ sagt, die Umstände, unter denen die Rede gehalten wurde, verliehen ihr außerordentliche Wichtigkeit. Die Bezugnahme auf viele Fragen, hinsichtlich deren Deutschland mit England gehen könne, welche auf die Erklärung folge, daß der Dreieund noch in voller Kraft stehe, könnte nicht mißverstanden werden. Das Blatt ist der Ansicht, daß keine englisch-deutsche Allianz besteht und keine bestehen wird. Aber die englisch-deutschen Beziehungen hätten sich fühlbar gebessert, und das sei alles, was die Engländer wünschen. „St. James Gaz.“ meint, der Hinweis des Staatssekretärs auf die ausgedehnte Wirkung, die der Ankauf des Dominions-Grundbesitzes bei den deutschen Katholiken hervorgerufen habe, werde nicht geeignet sein, den Traum einer französisch-deutschen Allianz gegen das „perfide Albion“ zu fördern. Die „Westminster-Gaz.“ drückt ihre Befriedigung über die Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen aus, möchte aber die Natur der Arrangements kennen lernen, die als für Deutschland günstig gelten. Die Bemerkung des Staatssekretärs v. Bülow über die macedonische und die armenische Frage betrachte das Blatt als ominös; es fürchte, Deutschland werde sich einem Druck nicht entziehen, den die Mächte kommen könnten auf den Sultan zum Zweck der Einführung von Reformen ausüben könnten. Die römische „Opinion“ findet in dem Pausen der Reichstagsrede des Staatssekretärs von Bülow hinsichtlich des Balkan ein höchst bedeutsames Symptom und hält das Erlaufen der englischen Presse hierüber vollauf gerechtfertigt. „Sanfuta“ knüpft an die Bemerkung über die Tripelallianz an, um zu betonen, daß auch Italiens Annäherung an Frankreich weder in Berlin noch in Wien Bedenken und Misstrauen hervorrufen dürfe. Die „Tribuna“ dankt Bülow für die klare Definition des Dreiebundes, dessen Mitglieder offiziell vollständige Autonomie gewährleisten sei. Alle europäischen Nationen würden damit sich noch enger mit der Tripelallianz verbunden fühlen.

Aus dem Reiche.

Die Salzwerkerbrüderschaft im Thal zu Halle a. S. wird auch in diesem Jahre, wie alljährlich, dem Kaiserpaare und den Prinzen des königlichen Hauses ihre Glückwünsche zum Jahreswechsel durch eine besondere Deputation darbringen. Nach einem Beschlusse der Meißner genannter Brüderschaft sind mit dieser Mission betraut worden: der Siedenmeister Gottlieb Ebert als Sprecher, sowie die Eider Richard Poppe und Franz Wörk. Bekanntlich spenden die Hallenser Kaiserwürst (hochfeine Schlachtwurst) und Spöckle. Hierbei dürfte die Thatsache von Interesse sein, daß dem vorgenannten Herrn Ebert bereits zum sechsten Male die Ehre zu Theil wird, der Salzenbrüderdeputation anzugehören, darunter zum vierten Male als Sprecher. Die Deputation trifft am 30. d. Mts. in Berlin bezw. Potsdam ein und kehrt am 9. Januar n. Js. wieder nach Halle zurück. — Der erst kürzlich zum Oberlandesgerichtsrath beförderte ehemalige Reichstagspräsident **Freiherr von Bülow** ist schwer erkrankt, zu seiner Stellvertretung ist ein Landgerichtsrath ins badische Oberlandesgericht berufen. — Zu Schloß Arenfels ist am Verschlusse der Mittmeister a. D. Reichsgraf **von Westerholt und Geyenberg**, königlicher Schloßbaupmann und Kammerherr, gestorben. Er hatte dem königlichen-Palast-Regiment von 1859 bis 1872 angehört und sich im Kriege 1870-71 so ausgezeichnet, daß er mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse dekoriert wurde. — In der Nacht vom 10. zum 11. d. M. verschied in Berlin jedoch nach vollendetem fünfundsiebzigsten Lebensjahre der vorragende Oberin Reichschachamt, kaiserliche Geheim-Schachregimentsrath **Heber**. — In Düsseldorf befindet sich eine unter dem Vorh. des Abgeordneten Dr. Deumer abgehaltene Versammlung einmündig die **Errichtung einer Büismarschale** im Sinne des Aufmarsches der deutschen Studentenschaft. — **Dr. jur. Müller**, Professor des römischen und sächsischen Rechts an der Universität Leipzig, ist, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, heute Mittag gestorben. — Das endgültige Ergebnis der diesjährigen **Stadtwahl** in Breslau nach den gestern benannten Stichwahlen ist folgendes: 24 Liberale, 14 Nationalisten und 2 Sozialisten. — Der **siebente heftige Städtetag**, der in Offenbach stattfand, hat eine gemeinschaftliche Regulierung der Schreihaltigkeit abgelehnt, da hierbei die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Städte zu wenig berücksichtigt werden könnten. Wie es scheint, haben die Lehrer ihre Ansprüche zu hoch gestellt, zu wenig Rücksicht auf die finanzielle Lage der Städte genommen und dadurch gleichsam deren Vertreter abgelehnt, die Sache gemeinschaftlich zu regulieren. — Die sächsische Regierung hat die Abfertigung ausgesprochen, **Reichsanstalten** von jetzt ab nur noch in besonders dringenden Fällen zu naturalisieren. — Trotz mancherlei unangenehmer Erfahrungen wird die Suche nach **Sozialdemokraten in den Kriegereisen** fortgesetzt. Einen neuen Beitrag dazu liefert das „Stöthen. Tg.“ in einer Mitteilung aus dem durch seine Braunkohlengruben bekannten Dorfe Edderitz. Danach hat eine dem dortigen „Militärverein“ nicht gewogene Person bei der herzoglichen Kreisdirektion (Landratsamt) die Denunziation angebracht, daß zehn mit

Namen bezeichnete Mitglieder des Vereins Sozialdemokraten seien. Dem Verein wurde daraufhin von der Behörde aufgegeben, diese Personen auszuscheiden oder den Verein aufzulösen. Gegen diese Verfügung ist nun von dem Verein sowohl wie von dem amtsärztlichen Kriegerverband Protest eingelegt worden, weil man die bloße Denunziation als keinen genügenden Grund für die Maßregel anerkennen will und vor allem verlangt, daß den beteiligten Personen das Recht der Vertheidigung eingeräumt wird. Der Edderitzer „Militärverein“ hat schon einmal, kurz nach den letzten Reichstagswahlen, vor der Auflösung gestanden, weil in der Ortschaft überwiegend sozialdemokratisch gewählt worden war, woran man die Mitglieder des sich zumeist aus Vergleuten rekrutierenden Vereins nicht unbeeinträchtigt wähnte.

Deutschland.

Berlin, 14. Dezember. Es ist noch ungewiß, weil von der Ausdehnung der Staatsdebatte abhängig, ob der Reichstag sich morgen oder Freitag über Weihnachten und Neujahr vertagen wird. Außer dem Etat wird vorher keine andere Vorlage zur Verhandlung kommen; auch die erste Lesung der Militärvorlage findet erst nach Neujahr statt.

Der von den Abgg. Frhr. Graf zu Harnheim, Bismarck, Prinz Schönaich-Carolath, Dr. Hesse und Graf v. Oriola wieder eingebrachte Gesetzentwurf, die Arbeiterbeschäftigungen der Gewerbeordnung auf die Bestimmungen der Hausgewerbebetriebe auszudehnen, nimmt folgende Verhältnisse an, in denen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt. Außerdem enthält er noch Bestimmungen zum Schutze weiblicher Arbeit. Im Einzelnen haben wir nachfolgende Paragrafen hervor:

„Lohnabzüge für verbundene Arbeit dürfen nur gemacht werden, wenn der Schaden aus Vorfall oder grober Fahrlässigkeit entstanden ist. Lohnabzüge für Miethen, Reinigung, Heizung und Verleumdung des Arbeitstammes, für Miethen und Abnutzung des Werkzeuges sind untersagt. Strafen dürfen nur ausgesprochen werden, sofern dieselben in einer Arbeitsordnung vorgesehen sind. Verträge, welche diesen Bestimmungen zuwiderlaufen, sind nichtig. Wer für die gewerbetreibende Person und Verarbeitung von Gegenständen Hausgewerbebetriebe beschäftigt, ist verpflichtet, Namen und Wohnung derselben der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Wo es die Natur eines diesem Gesetz unterstellten Betriebes rechtfertigt, ist eine Arbeitsordnung nach Maßgabe der Gewerbeordnung zu erlassen. Ueber die Nothwendigkeit der Erlassung einer Arbeitsordnung entscheidet die untere Verwaltungsbehörde. Dann folgen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, und über Lohnbücher und Arbeitszeiten. Ueber Abzüge von Arbeit nach Hause sagt dann der Gesetzentwurf: Für bestimmte Gewerbe kann durch Beschluß des Bundesraths angeordnet werden, daß den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sofern ihre tägliche Beschäftigung in der Fabrik oder Werkstatt sechs Stunden übersteigt, Arbeit nicht mit nach Hause gegeben werden darf. Die von dem Bundesrathe getroffenen Anordnungen sind durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage, bei seinem nächsten Zusammenritte zur Kenntnissnahme vorzulegen. Weiter wird folgende Regelung des Gewerbebetriebs in offenen Verkaufsstellen und Schant- und Gastwirtschaften vorgegeben: Den weiblichen Bedienten in offenen Verkaufsstellen muß eine ununterbrochene Nachtruhe von mindestens zehn Stunden gestattet werden. Die in dem Betrieb von Wirtschaften und Gasthäusern angestellten Personen können, soweit es zur Bedienung der Gäste nöthig ist, Abends bis zur Polizeistunde und bei Freizeiten auch über dieselbe hinaus beschäftigt werden. Doch ist ihnen in allen Fällen eine tägliche ununterbrochene Nachtruhe von mindestens acht Stunden zu gestatten. Wädhren unter achtzehn Jahren, die nicht zur Familie des Wirtbes gehören, dürfen zur häuslichen Bedienung nicht verwendet werden. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen dieses Gesetzes erfolgt nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen über die Gewerbeaufsicht. Den mit der Aufsicht betrauten Organen sollen weibliche Aufsichtsbeamte beigeordnet werden. Zum Schluß wird folgende Resolution beantragt: Die strengen, Invaliditäts- und Altersversicherungspflicht auf die Hausgewerbebetriebe und ihre Arbeiter auszudehnen.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ berichtet: „Am Sonntag hat im Reichstagsgebäude unter Vorh. des Herrn Dr. Hammer eine Sitzung des Central-Vorstandes der national-liberalen Partei stattgefunden, in welcher die vorliegenden organisierten Fragen eingehend behandelt wurden und eine kurze Erörterung der politischen Lage stattfand, die einen allseitig befriedigenden Verlauf nahm. Auf die Beratungen folgte ein gemeinsames Mahl im Kaiserhof; in der Mitte der Tafel saß der Senior der Partei, Geh. Kommerzienrath Dr. Degelhäuser, der neunundsiebzig Jahre in Ehren und beneidenswerther Thätigkeit trägt. Den ersten Eindruck brachte der Abg. v. Geyern als Geschäftsführer der preussischen Landtagsfraktion aus, auf Dr. Degelhäuser, dessen anerkannte Verdienste um das Vaterland auf dem Gebiete der nationalen Einheitspolitik, des Gemeinwohlens und der sächsischen Literatur Abg. v. Geyern in herzlichen und beredten Worten pries. Bewegt dankte Dr. Degelhäuser, indem er ausführte, daß auch der heutige Tag wieder einmal in die Reihe der besten Tage der Partei auf die Zukunft der Partei auf neue erfüllt habe, und antwortete mit einem Dank auf die national-liberalen Partei. Mit lauten Worten antwortete Dr. Sattler, indem er dem Wunsch Ausdruck gab, daß sich der Nachwuchs der Partei die Ehre und die Arbeitskraft der Alten zum Nutzen nehme. Die nächste Sitzung des Central-Vorstandes findet im Januar statt, sobald sich auch die national-liberalen Fraktion des Landtags konstituiert hat und dann die gemeinsamen Neukonstituierung des Central-Vorstandes erfolgen kann.“

Die Justizbeamten bedürftigen zu Beginn der Landtagsperiode einen Ausbruch an die einzelnen Fraktionen des Abgeordnetenhauses

zu entfeinden, um ihnen die Wünsche zu unterbreiten, die in der vorjährigen Petition von Brehm und Genossen zum Ausdruck gebracht worden sind. Die Unterbeamten bitten um Gleichstellung mit den Genossen in den Ministerien, d. h. um 1800 Mark Gehalt und Wohnungszuschuß in der Höhe von 400 Mark. In der vorjährigen Petition sind diese Wünsche in ausführlicher Weise begründet worden. Nach der Weisung des Justizministers an den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Falk zu Hamm, den westfälischen Gerichtsvollziehern die Beteiligung an einer gemeinsamen Petition zu unterlegen, darf man gespannt sein, ob der Schritt der Justizbeamten die Billigung des Herrn Schönsiedt finden werde.

Im Börseauschusse verlangten gestern die Agrarier nach der Pause die Entsendung von acht Mitgliedern in die Abtheilung für Waaren. Dies wurde abgelehnt und je sechs Landwirthe für die beiden Abtheilungen bestimmt. Graf Arnim und Präsident Klein vom badischen Landwirtschaftsrath erklärten darauf, in der Abtheilung für Werthpapiere nicht mitarbeiten zu können. Graf Arnim stellte dann den Antrag beim Bundesrath, eine anderweitige Besetzung der Abtheilung zu beantragen. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Zum Vorsitzenden der Abtheilung für Werthpapiere wurde Staatsrath Kempf gewählt. Die Abtheilung erledigte darauf die beiden ihr zugegangenen Vorlagen: 1. die Eingabe der Börsenzustellungsstellen, betr. den Inhalt der Prospekte; 2. die Eingabe des deutschen Handelsstages, betr. die Einlösung von Schuldscheinen ungetragener Werthpapiere. Heute tritt die Abtheilung für Waaren zusammen, um über den Terminhandel in Rammung zu beraten.

Der bayerische Senat, der am obersten Militärgerichtshof in Berlin gebildet wird, erhält, wie der bayerisch-österreichische „Abg.-Abendztg.“ aus München mittheilt, einen bayerischen General als Vorsitzenden und vier Stabschefs, einschließlich eines im Rang eines Divisionskommandeurs stehenden Stabschefs, als Mitglieder, auch eine Anzahl Auditorienbeamte. Sie werden auf 2-3 Jahre nach Berlin kommandirt.

Die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Englands, von denen jetzt auf beiden Seiten die Rede ist, sind nicht am wenigsten handelspolitischer Art. Die großen Ausfuhr-Interessen Deutschlands weichen vornehmlich an zwei Punkten auf Gemeinsamkeit mit denen Englands hin: in China und in dem nicht den Vereinigten Staaten angehörigen Amerika. China wird allerseits als ein großes Absatzgebiet der europäischen Industrie für die Zukunft angesehen. Der Bau von Eisenbahnen giebt den ersten kräftigen Anstoß, und es verurtheilt beträchtliche Ausfuhr an Schienen, Waggons und Lokomotiven. Er wird aber auch eine heilsame Wirkung ausüben, um das weite, völkerverwundende China aufzuheben und die Einwohner zu einer der europäischen Nationen willkommenen Unterwerfung zu erziehen, worfür werde ihnen europäische Artikel zurüdgegeben werden. Chinas Außenhandel ist für seine 360 bis 400 Millionen Einwohner noch sehr gering. Die Einfuhr über die Vertragshäfen erreichte 1895 nur 522 Millionen Mark, die Ausfuhr nur 436 Millionen Mark. Schon diejenige Indiens ist auf den Kopf der Bevölkerung drei- bis viermal so groß. Sie erreichte 1896 für 291 Millionen Einwohner in Einfuhr 992 Millionen Mark, in Ausfuhr 1555 Millionen Mark. Man sieht, was die Einfuhr europäischer Zivilisation aus einem alten asiatischen Kulturlande zu machen vermag. Dabei beweist Indien, daß die Furcht vor den billigen Arbeitskräften der Asiaten unbegründet ist. Trotz der die chinesische Ausfuhr beinahe um das Vierfache übersteigenden indischen Spinnerei man die Konkurrenz Indiens in Europa und Amerika durchaus nicht. China wird die nächste große Etappe in der Entwicklung europäischer Ausfuhr bilden. Deutschland hat sich dort durch die Bezeugung von Staatsanhang einen Stützpunkt geschaffen, von dem hoffentlich eine bedeutende Entwicklung ausgehen wird. Aber dadurch wird kein Interesse an der Offenhaltung Chinas, an unserer Gleichberechtigung um nichts verringert. Dort selber als Landesverorber aufzutreten, möchte uns doch wohl niemand empfehlen. Also müssen wir, so wie, daß China nicht unter die Vormachtigkeit anderer Mächte geräth, die dort ihre Föhlner aufstellen möchten. Der englische Handel hat die selben Interessen. Die von England verfolgte Politik der offenen Thür, die Gleichberechtigung der Völker ist daher auch die durch die Rücksicht auf unsere Ausfuhrhandels geboten. Es ist freilich, wenn sich auch die Vereinigten Staaten und Japan zu gleicher Wirksamkeit anschließen. Die recht junge Freundschaft Englands und der Vereinigten Staaten hat aber einen handelspolitischen Schaden: die völlig verschiedene Zollpolitik beider Länder. Amerikanischer Schutzzoll und englischer Freihandel brachte die Freundschaft nicht zu hören, wenn nur die beiden Länder selbst in Betracht kämen. Es sind aber andere, die die Abweichung zur Geltung bringen. Die Vereinigten Staaten wissen selbst noch nicht, welche Wirtschaftspolitik sie den neu gewonnenen Landesheilen gegenüber, zu denen in nicht ferner Zeit auch Kuba gehören dürfte, befolgen wollen; ob sie sie in die amerikanische Zollschutzzölle einbeziehen oder draußen lassen sollen. Die partei und vorherrschende Schutzollendrang zur Einbeziehung. England schweigt aus politischen Gründen und beeinflusst die Wahl Amerikas nicht. Der jetzt in Amerika herrschende Gedanke der Expansion treibt aber weiter vorwärts und wird nach menschlichem Ermessen in nicht ferner Zeit auch den Panamerikaismus wieder erwecken. Dieser war unter der Präsidentschaft Harrisons (1889 bis 1893) und während der Herrschaft des Mac Kinley-Zarifs mächtig. Er trat zwar durch die Wahl Cleveland (1893 bis 1897) und die Verdrängung der demokratischen Partei zurück, ist aber keineswegs erloschen und wird augenblicklich wohl nur durch die Erweiterung der Freundschaft Englands und durch den Dank für dessen Sympathie bei der Ueberwälzung Spaniens zurückgehalten. Das er immer in seiner gegenwärtigen Lebhaftigkeit verbleibe, ist nicht anzunehmen. Er strebt fortwährend die Einigung ganz Amerikas unter der politischen und wirtschaftlichen Vollmachtsstellung der Vereinigten Staaten an. Er hatte durch die Vainesschen Negoziationsverträge mit Brasilien, St. Domingo und verschiedenen zentralamerikanischen

Staaten, selbst englischen und spanischen Kolonien schon bestimmte Gestalt gewonnen. Sein Ziel ist, die Waaren europäischen Ursprungs aus ganz Amerika möglichst zu verdrängen und den Bedarf der nordamerikanischen Industrie zu erhalten. Es ist schwer, ein der englischen Industrie nachtheiligeres Ziel zu erfinden. Sobald ernsthafte Bestrebungen zu seiner Durchführung wieder hervortreten, ist auch ein Gegenstand zwischen England und Nordamerika gegeben. Auch unser Interesse liegt in der Offenhaltung der Staaten Süd- und Mittelamerikas. Unsere Ausfuhr dorthin beträgt hunderte von Millionen. Wir haben nur die beiden wichtigsten Gegenstände handelspolitischen Zusammenwirkens zwischen Deutschland und England hervorzuheben. Sie sind aber typisch für die allgemeine Lage der Dinge in fremden Welttheilen.

Die „Germania“ schreibt: „Wie uns aus unanfechtbarer Quelle aus Rom mitgetheilt wird, hat der französische Botschafter beim apostolischen Stuhle, Rouelle, von seiner Regierung den Auftrag erhalten, auf irgend eine Weise und durch irgend welche Mittel die Entfernung des Patriarchen Piaci aus Jerusalem zu erlangen. Falls diese Maßnahme sich bestätigt, woran wir mit Rücksicht auf unsere Gewissenssache nicht zweifeln, so wäre damit die Ansicht derer gerechtfertigt, die bereits seit diesem Frühjahr den Verdacht hegten, daß die französische Regierung, obwohl dieselbe in der Protektorsaffäre stets mit großer Vorsicht aufgetreten ist, immer neue Versuche macht, unbegründete Aspirationen auf den Orient geltend zu machen. Oder sollte schon der Umstand, daß Mgr. Piaci eben so wie der Franziskanerorden, zu dem er gehört, das deutsche Kaiserpaar und dessen Begleitung so freundlich begrüßt und aufgenommen haben, den Franzosen genügen, um die Entfernung des Patriarchen von seinem Sitz zu verlangen?“

Braunschweig, 12. Dezember. Die amtlichen „Braunschweig. Anzeigen“ veröffentlichten an der Spitze ihrer heutigen Abendausgabe folgendes Dementi: Die „Vaterländische Volkszeitung“ (weissig. D. Red.) bringt in der Nr. 50 vom 10. d. M. unter „Lokales“ folgende Mittheilung: „Eine bedeutsame Aeußerung des Staatsministers Dr. von Otto, bedeutsam insofern, als sie in direktem Widerspruch steht mit den bisherigen öffentlichen Äußerungen oder doch sich offiziell gebenden Abweichungen einer Regierungsmündigkeit des Regenten Prinzen Albrecht, ist bei dem jüngst von Herrn von Otto den Landtagsabgeordneten gegebenen parlamentarischen Dinner die folgende sehr auffallende. Herr von Otto sprach nämlich in seiner Thatsache von der Thatsache, daß so mancherlei Geschehnisse des letzten Jahres dem Prinzen Albrecht in der That den Wunsch nahe gelegt hätten, die Regentenschaft nicht weiter zu führen. Wir wissen leider nicht, in welchem Zusammenhang Herr von Otto diese Worte gebraucht hat, insbesondere nicht, ob er vielleicht durch ein daran geknüpftes „dennoch“ ihre aktuelle Bedeutung wieder eingeschränkt haben sollte. Innerhalb dürfte aber schon die Feststellung, daß die vielfach geäußerte Regierungsmündigkeit thatsächlich zu irgend einer Zeit vorhanden gewesen ist, das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen und hat daher auch mit Recht erhebliches Aufsehen erregt. Es glaubt eben kaum jemand mehr daran, daß der gegenwärtige Zustand des Herzogthums noch für längere Zeit in Geltung bleiben kann! Wir sind vom herzoglichen Staatsministerium angewiesen, zu erklären, daß, was in jenem Artikel von einer angeblich gelegentlich einer Thatsache bei einem Mittagessen gegebenen Aeußerung des Staatsministers Dr. von Otto behauptet worden, in jeder Beziehung unwahr und folgerne die daran geknüpften Erörterungen völlig hinfällig ist.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Dezember. Das Abgeordnetenhaus setzte die Erörterung über das Dieneregesetz fort. Nachdem die Verhandlung abgebrochen war, richtete Abg. Wolf unter den heftigsten Ausfällen gegen die Regierung an den Präsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, zur Wahrung der parlamentarischen Rechte gegen die Uebergriffe der Regierung Verwahrung einzulegen, und weist auf angebliche bevorstehende Anwendung des § 14 hin, um gegen den Willen des Parlaments und des Volkes das Budget und das Ausgleichsprojektorium durchzuführen. Wolf sagte: Wie gegen die Pest, so müsse man auch gegen die Regierungstendenzen mit prophylaktischen Mitteln vorgehen. Er fragte das Präsidium, ob es geneigt sei, gegen die immer frecher werdenden Uebergriffe der Regierung Verwahrung einzulegen und die Regierung aufmerksam zu machen, daß sich die Anwendung des § 14 als „freie Verhängung aller parlamentarischen Rechte, als Unverfänglichkeit“ darstellen würde. (Gelächter rechts.) Der Präsident ertheilt Wolf einen Ordnungsruf. Wolf: „Ich danke Sie. Sie sind Präsident des Parlamentes, nicht Mitglied der Regierung. Sie erweisen sich als „bemühter unterwürziger Knecht Thuns!“ (Lärm rechts.) Der Präsident ertheilt Wolf nochmals den Ordnungsruf und sagt, er habe das Budget und das Ausgleichsprojektorium auf die Tagesordnung gesetzt, und wenn das Parlament seiner Pflicht nachkommen würde, wäre es sehr leicht möglich, die Vorlagen parlamentarisch zu erledigen. Gehehe dies nicht, so sei es das Parlament, das die Regierung zur Anwendung des § 14 provozire. Der Präsident schlägt die nächste Sitzung für heute Abend vor mit der Tagesordnung „Lokalbahnen“. Abg. Schönerer erhebt gegen den Vorschlag des Präsidenten Einspruch, da er geschäftlich-ordnungswidrig sei und beipflichtet die Sprachverordnungen, ausführend, man wolle den Stolz der Deutschen sozulegen mit ein paar Lokalbahnen dengen. Redner beantragte die nächste Sitzung für morgen Vormittag 10 Uhr. Die Wählerliste ist über die schwächliche Haltung ihrer Vertreter empört. Groß erklärt, durch die Abendung werde kein Präsidium geschaffen, da es sich nicht um Vorlagen handele, woran der Regierung gelegen sei, oder die für die Regierung eine Vertrauensfrage bildeten. Bezüglich der angeblich schwachen Haltung wolle er nicht bestimmen, denn die Deutschen hätten Geheißes zu thun, als miteinander zu kämpfen. Die deutschen Abgeordneten überlassen ihre Haltung getrost der Beurtheilung der Wähler. Schönerer beantragt namentliche Abstimmung über den

Vorschlag des Präsidenten, die jedoch nur in 6 Stimmen der Schönerianer unterliegt wird. Der Antrag des Präsidenten wird sodann mit allen gegen die Stimmen der Schönerianer und einiger Mitglieder der deutschen Volkspartei angenommen und die Sitzung geschlossen. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses interessierten die Abgg. Kramarz und Gen. den Handelsminister, ob er geneigt sei, unverzüglich mit der ungarischen Regierung über die Frage der weiteren Aufrechterhaltung der bisherigen Eisenbahngesetze ein Einvernehmen in dem Sinne zu treffen, daß die für die gesamte Produktion Oesterreichs so übermäßig brüllenden Zölle herabgesetzt werden, und ob der Minister geneigt sei, die Wirkung des Eisenzolls zu prüfen und im Falle sich die Schädlichkeit derselben erweisen würde, auf eine entschiedene Herabsetzung der Eisenpreise zu bringen, oder das Koalitionsgebot mit seiner ganzen Strenge in Anwendung zu bringen. In der Abendung beantragten Abg. Schönerer und Gen. die Verlesung des Ministerpräsidenten Grafen Thun, des früheren Handelsministers Dr. v. Bärnreither, des jetzigen Handelsministers Dipauli und des Justizministers Huber in den Angelegenheiten wegen angeblicher Zirkularerlasse an die Postämter, womit die Konstitution der Einladungen zum Besuche der „Unverfälschten deutschen Worte“, sowie zum Beitritt zum Bunde deutscher Landwirthe in der Ostmark angeordnet wurde. Das Saal verhandelte das Lokalbahngesetz. Die Vorlage umfaßt 25 Lokalbahnen in der Länge von 821 km. mit einem Kostenaufwand von 514/10 Millionen.

Wien, 13. Dezember. In der heutigen Gemeinderatsitzung kam es zu heftigen Zusammenstößen der Opposition mit dem Bürgermeister Lueger. Dieser schloß den Deutsch-nationalen Dr. Förster für die heutige und die nächsten drei Sitzungen aus. Förster weigerte sich, den Saal zu verlassen, worauf ihn zwei Amtsdienner bei den Armen packten und, da er sich an die Wand stemmte, hinausgeschleppt. Andere Amtsdienner standen beim Eingang, um die Mitglieder Försters zu verhindern. Da die liberalen Gemeinderäthe Dr. Brix und Dr. Müller für Förster eintraten, wurden auch sie für die gleiche Dauer ausgeschlossen. Müller leistete ebenfalls Widerstand und wurde gleichfalls durch Amtsdienner aus dem Saal geschleppt. Die Rechte begleitete das Schauspiel mit heftigen „Pfui“-Rufen, während die Mehrheit applaudirte. Die Rechte verließ dann den Saal.

Prag, 13. Dezember. Der ersten Chorgärten sämtlicher farbentragenden Verbindungen wurden heute auf die Unversitätskanzlei geladen, wo ihnen der Rektor mittheilte, daß sie auf Grund polizeilicher Anordnung höchstens zu Dreien in Jarben über die Straße gehen dürfen, da sonst die Waage einschreiten werde. Die Anordnung richtete sich gegen den althergebrachten Grubenbummel der deutschen Studentenschaft.

Graz, 13. Dezember. Heute Abend fanden Straßenumgebungen statt. Den Anfang machte eine Kagenmusik, welche die Studenten dem Polizeidirektor brachten. Die Straßen füllten sich bald mit unruhigen Menschenmassen, deren Zerkleinerung der Polizei bis zum Abend nicht gelang.

Belgien.

Brüssel, 13. Dezember. Auf Anweisung des Königsleates ist der Arbeiterführer Raskid als Gefangener nach Santhar gebracht.

Frankreich.

Paris, 13. Dezember. Der Kassationshof wird gelegentlich Picquart's Freilassung anordnen, wenn die Militärbehörde sie nicht bald beschließt. — Ein Stadtrathsaußschuß votierte den Ankauf von zweihundert Exemplaren von Gobier's Buch „armée contre nation“, wegen dessen der Verfasser verfolgt wird.

Türkei.

Wie gemeldet wird, sind bis jetzt 10200 Mohammedaner aus Areta ausgewandert. Darunter haben gegen 5000 ihren Grundbesitz verkauft, während die anderen denselben an Christen verpachtet haben. Bis zum 6. d. Mts. sind in allen Provinzen der Insel 26 000 Gewehre abgeliefert worden, darunter 14 000 in der Provinz Sandia allein. Die Fahne der Autonomie wird den definitiven Bestimmungen zufolge ein weißes Kreuz auf blauem Grunde zeigen, mit einem kleineren weißen Kreuze auf rothem Grunde in der linken Ecke. Was die Handelsflagge betrifft, so wird darüber in der künftigen National-Versammlung ein Beschluß gefaßt werden.

Ranea, 13. Dezember. Mehrere Mittheilungen der „Ag. Gaz.“ zufolge wird Prinz Georg nach einer Verständigung mit Anna Droz am 21. d. Mts. hier eintreffen. Die Admirale meldeten ihren Regierungen, daß sie fünf Tage darauf Areta verlassen würden. Ein drohlicher gleichlautender Bericht der Admirale an ihre Regierungen erklärt, falls der Prinz eine Anwesenheit erlassen sollte, so werde diese unmittelbar auf die durch die Kriegserklärung wegen der in Sandia verübten oder solcher Verbrechen Verurtheilten Anwendung finden können, die auf Todesstrafe gelaufen haben und in Freiheitsstrafe umgewandelt seien, weil sonst die Sicherheit derjenigen Personen, die in den betreffenden Prozessen als Zeugen auftraten, schwer gefährdet erscheine.

Amerika.

Washington, 13. Dezember. Präsident Mac Kinley hat den General Brooke zum Militärgouverneur auf Kuba ernannt und mit der Kontrolle über alle Zweige der Militär- und Zivilverwaltung betraut. Jede Provinz erhält einen Gouverneur, der seine Instruktionen von General Brooke empfangen wird.

Arbeiterbewegung.

In Krefeld nimmt der Weberausstand in den Seidenstofffabriken große Ausdehnung an; zur Stunde stehen schon etwa 2800 Personen aus, für morgen dürfte die Arbeitslosigkeit noch allgemeiner werden. Die Stadtverordneten beschloßen, die soziale Kommission zu beauftragen, in gemeinsamer Sitzung mit den anständigen Arbeitern und dem Inhaber der Firma, sowie mit dem von der Stofffabrikanten-Vereinigung gewählten Ausschusse zu unterhandeln, um eine

